

Wohlfahrt

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal und zwar als Halbblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land jährlich durch die Post bei fester Zustellung monatlich M. 15.00, in den Postgebieten abgesehen M. 16.00 monatlich. Die abgelaufenen Abonnement-Zeilen liefert im Ortsvertrieb M. 2.00, im auswärtigen Vertrieb M. 2.50. Returten die Müllmeister-Zeile M. 2.00 im Ortsvertrieb und M. 2.00 im auswärtigen Vertrieb. Anzeigen-Erlöse: Die Uhr nachmittags.

Der Kampf um die Valutaklausel.

Ablehnende Haltung der Reparationskommission. / Fristverlängerung. / Vertagung des Anleiheauschusses.

Die entscheidende Kabinettsitzung.

Dr. Wirths Stellung.

Berlin, 27. Mai. Die Kabinettsitzung, die sich mit der Beratung der durch die ablehnende Antwort der Reparationskommission geschaffenen Situation beschäftigte, begann um 4 Uhr. Der Reichskanzler ist nach wie vor der Ansicht, daß, wenn nicht in Paris bindende Abmachungen eingegangen worden wären, die Einführung der Zölle majeure-Klausel noch möglich gewesen wäre. Er ist weiter der Überzeugung, daß das sofortige Abstoppen der Notenpresse eine katastrophale Situation für die Industrie schaffen wird und daß vor allem damit sehr ernste soziale Folgen verbunden sein werden. Der Reichskanzler wird in der Kabinettsitzung nochmals diese seine Ansichten geltend machen. Einzelne industrielle Verbände haben übrigens auch ihrerseits auf die schweren Folgen, die für die Exportverhältnisse der Industrie entstehen können, wenn der Vorschlag des Reichskanzlers angenommen wird, aufmerksam gemacht. Der größere Teil der Fraktion der Deutschen Volkspartei jedoch unter Führung des Abg. Beder tritt für die Zustimmung zu diesem Vorschläge ein. Es ist wahrscheinlich, daß in der heutigen Kabinettsitzung auch der Reichskanzler sich der Erkenntnis beugen wird, daß an der Situation nichts mehr durch eine Ablehnung der Abmachungen mit der Reparationskommission geändert werden kann.

Antwort aus Paris.

Wie die „B. Z. am Mittag“ erfährt, ist auf die Anfrage, die die deutsche Regierung am Freitag über den deutschen Notenumlaufl an die Reparationskommission gerichtet hat, bereits am Sonnabend eine Antwort aus Paris eingetroffen. Meber ihren Inhalt lasse sich vorläufig nur sagen, daß sie nicht völlig ablehnend sei.

Wie die „Dona“ hört, ist die Antwort des Staatssekretärs Bergmann negativer Art. Die Reparationskommission ist nicht bereit, eine Markentwertungsklausel in der Weise, wie sie vom Kabinett vorgeschlagen wurde, anzunehmen. Sicherer über die deutsche Antwortnote an die Reparationskommission ist noch nicht bekannt.

Berlin, 27. Mai. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Reichsregierung, wenn die Zustimmung, die es in der Frage der Einführung des Notenbruchs abgeben soll, nicht einhalten, jetztzeit sei. Die Beziehungen bezogen sich auf die in Aussicht genommene Frist für das Abstoppen der Notenpresse, d. h. auf die Frage, ob Deutschland bei der neuerlichen harten Verschlechterung der Markvaluta die Einrede der höhereren Gewalt erheben könnte. Nach neuerlichen Informationen wird im allgemeinen nicht bezweifelt, daß eine solche Einrede Deutschlands offen stehen wird. Allerdings hat die Meinung an Boden gewonnen, daß die Bedenken gegen die eingehenden Verpflichtungen nicht das ihnen ursprünglich beigemessene Gewicht haben, weil die Verpflichtungen Deutschlands die äußere finanzielle Unterstützung und die Einführung einer bestimmten Frist zur Voraussetzung haben, innerhalb deren die auswärtige Anleihe zu Stande kommen muß. Was die Stimmung in Parlamenten des Reichstages anlangt, so wird nicht bezweifelt, daß die am Montag zu erwartende Zielungsanfrage des Kabinetts die Zustimmung der Mehrheit des Saales findet.

Das unheilvolle Schicksal.

Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts Amerikas.

Paris, 27. Mai. Der Neupost Herald meldet aus Pittsburg, der amerikanische Währungsinspektor Criffinger erklärte in einer Rede vor den Bankiers von Pennsylvania, die Aufkündigung der Goldgarantie in den Vereinigten Staaten bedrohe das wirtschaftliche Gleichgewicht des Landes. Sie werden den freien Goldmarkt zerstören und diese Zerstörung werde wiederum den Goldstandard in Mitleidenschaft ziehen, der für das Gedeihen des Landes von wesentlicher Bedeutung sei. Criffinger erkannte an, daß die ungeheure internationale Verflechtung die Wurzeln des Weltkriegs, der sich abspielt, nicht so weit, die Streichung der Schulden der Alliierten bei den Vereinigten Staaten zu verlangen.

Ein kurzer Ausschub.

Paris, 27. Mai. Poincaré hat den französischen Pressedirektoren in einer von ihm jetzt immer persönlich geleiteten Pressokonferenz gestern erklärt, daß der 31. Mai keinesfalls die Bedeutung haben werde, die ihm bisher von französischer Seite immer beigelegt wurde. Der Ministerpräsident bezeichnet es als sicher, daß der Wiedergutmachungsanspruch Deutschlands eine Fristverlängerung von 14 Tagen oder selbst von einem Monat gewährt wird, um zur Verhandlung zu gelangen. Nach den Mitteilungen Poincarés wird der Ans-

schub die Antwort Deutschlands kaum der Mitte Juni in offizieller Sitzung prüfen. Es ist möglich, daß er auch dann wieder eine neue Note an Deutschland richtet, die wegen einer weiteren Frist zu beanstanden ist. Sollte der Ausschub sich zeigen, so würde diese Benachrichtigung jedenfalls am 15. Juni zu erwarten sein. Poincaré erklärte die Pressedirektoren, das Publikum darüber aufzuklären, daß in den Tagen nach dem 31. Mai keinerlei Sensation zu erwarten ist.

Vertagung beim Reparationsauschuss.

Paris, 27. Mai. Offiziell wird gemeldet: Nach der von der Reparationskommission gestern ausgegebenen offiziellen Veröffentlichung hat das mit der Prüfung der Bedingungen einer Deutschland zu gewährenden Anleihe beauftragte Komitee Donnerstag und Freitag in drei Sitzungen die Prüfung verschiedener den Gegenstand der Aufgabe betreffenden Fragen vorgenommen. Der Ausschub beschloß, die Beratungen bis zum kommenden Mittwoch nachmittags 4 Uhr zu vertagen, um die notwendigen Informationen zu vervollkommen und eventuell Fühlung mit den in Frage kommenden Finanzkreisen zu nehmen. Es wird vor der nächsten Sitzung keine Mitteilung veröffentlicht werden. Alle Mitglieder des Komitees haben den ausdrücklichen Wunsch, zur Lösung eines Problems zu gelangen, das einmütig als für die wirtschaftliche Auf- richtung Europas vital anerkannt worden ist.

Aussprache über Oberschlesien.

Berlin, 27. Mai. Der Auswärtige Ausschub des Reichstages ist heute vormittags um 10 Uhr wieder zusammengetreten und setzte in Anwesenheit der deutschen Delegierten bei den deutsch-polnischen Verhandlungen Schiffer und Wobald die Aussprache über das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien fort.

Die Kontrollkommission auf der Flucht.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Am 26. Mai sollte die Landespolizei Landeshaupt durch Mitglieder der verbandstaatlichen Kontrollkommission München kontrolliert werden. Dabei kam es an der Polizeistation, vor deren Eingang ein Aufkommen mit verbandstaatlichen Offizieren und einem deutschen Begleitoffizier — sämtliche in Zivil — hielt, zu Zusammenstößen einer größeren Menschenmenge, die ihren Unmut über die beschriebene Kontrolle in erregten Rufschrei zum Ausdruck brachte. Angesichts der drohenden Saltung der mehr und mehr anwachsenden Volksmenge fuhren die Vertreter der verbandstaatlichen Kontrollkommission unverrichteter Dinge nach München zurück. Der ganze Vorgang dauerte wenige Minuten. Zu Tätligkeiten gegen die ausländischen Offiziere ist es nicht gekommen.

Das Vorkommen beweist, welche weitgehende Erregung sich unteres Volkes wegen der unerhörten Forderungen der interalliierten Militärkontrollkommission hinsichtlich der Landespolizei bemächtigt hat.

Großdeutschen-Tag.

Stag, 27. Mai. Der dritte Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei wurde gestern mit einem Begrüßungsabend eingeleitet. Landesrat Häbler begrüßte die Erschienenen und wies auf die Bedeutung des großdeutschen Parteitages hin, der über die innerpolitischen Angelegenheiten hinausreichend und zu einer Kundgebung für die Vereinigung mit Deutschland werde. Dann begrüßte er die am Abend Vertreter der Deutschen in der Tschechoslowakei und die Vertreter der Deutschen in den übrigen Nachfolgestaaten. Der Chairman der Reichsparteileitung sprach sich für die Deutschen in Österreich aus, die es nur um Ziele, ihre Freiheit auf jedem Wege wiederzugewinnen und ein Volk und ein Reich zu werden. Um dies Ziel zu erreichen, müsse das deutsche Volk sich von jedem Heintlichen Gegenstand freihalten.

Wegen Bahnstörungen sind in Mainz die kaufmännischen Angehörigen in eine Straßbewegung eingetreten, die heute morgen zum Ausbruch führte, da eine Einigung nicht zu Stande kam. Einige Großbetriebe bewilligten die Forderungen und sind daher vom Ausbruch nicht betroffen.

Zur Lösungsbewegung im Ruhrgebiet. Die Vertreter der Hauptleitungen der drei betraglichstenden Arbeitgeberverbände nahmen in einer gemeinsamen Beratung heute in Essen zu dem Ergebnis der Verhandlungen des Schlichtungsausschusses über den neuen Tarif für den Ruhrbergbau Stellung. Sie waren einmütig der Auffassung, daß der Schlichtungsrat nicht beizutreten könne. Es wurde in Aussicht genommen, ihn nötigenfalls größeren Konferenzen an unterbreiten.

Kritische Tage.

Berlin, 27. Mai 1922.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Trotz unserer an Kräfte nicht armen Zeit haben wir seit langen nicht mehr vor einer so kritischen Lage gestanden wie augenblicklich. Außerlich trat dies dadurch in der Erscheinung, daß am Samstagabend die Welt mit der Verkündigung einer Kabinettskrise überhäuft wurde, hervorgerufen durch immerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der im Auftrage der Reichsregierung mit der Reparationskommission in Paris verhandelt. Nun ist es freilich kein Geheimnis, daß zwischen Wirth und Hermes schon seit langen nicht alles so ist, wie es sein sollte. Wirth ist bekanntlich der Mann des demokratischen Zentrumsflügels, während Hermes dem rechtsgerichteten, schwerindustriellen Teil des Zentrums hinter sich hat und infolge dieser seiner Richtung befallschlich auch von der Deutschen Volkspartei gestützt wird. Die Differenzen zwischen diesen beiden Männern datieren eigentlich schon von der letzten Kabinettsliste her, bei der Dr. Hermes als Kandidat in Reserve gehalten wurde, und haben sich vertieft durch den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages, den Hermes angeblich nicht billigt. Die neueste Krise aber sollte ihren Ursprung darin haben, daß Hermes seine Beziehungen in Paris übergriffen habe, indem er der Reparationskommission gegenüber Entgegenkommen bewies in der von Reichsregierung und Reichstag einmütig abgelehnten Frage der Aufbringung neuer Steuern über die Zwangsanleihe hinaus und ihres verlangten Eingangs in die deutsche Finanzhoheit. Gerade diese Begründung der Krise allerdings hatte von vornherein sehr viel Unwahrscheinliches für sich. Es war kaum anzunehmen, daß Dr. Hermes, wenn er sich etwa einem Rechtsablauf als Kandidat empfehlen wollte, sich in Paris mit dem Vorwurf zu großer Nachgiebigkeit belassen würde. Im Gegenteil hätte es ihn nach dieser Seite hin viel mehr empfohlen, wenn er dort den starken Mann gespielt hätte.

Demnach läßt es sich nicht leugnen, daß Meinungsverschiedenheiten im Kabinett vorhanden sind. Es läßt demnach auch nicht die Hoffnung eines Kabinettswechsels zu, und politische Säure hat am Werte, die Meinungen auszuweichen und zu zerfahren. Worin aber diese Meinungsverschiedenheiten bestehen, läßt sich mit Bestimmtheit im Augenblick noch nicht sagen. Es scheint aber in der Tat, als ob Hermes, um in Paris den wünschenswerten Erfolg zu erzielen, größere Zugeständnisse gemacht hat, als der Reichskanzler sie mit den Befehlshabern, die innerseitig die Reichsregierung und der Reichstag nach der ultimativen Note der Reparationskommission gestift hatten, für vereinbar hielt. Bei all den provisorischen Abmachungen, die Hermes in Paris getroffen hat, ist freilich streng zu beachten, daß die Voraussetzungen für sie ein Erfolg der schwebenden Verhandlungen über eine Anleihe für Reparationszwecke sind. Unter dieser Voraussetzung soll Dr. Hermes zugehalten haben, daß die Reichsregierung das Defizit des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts unter allen Umständen zu decken bereit sei, vor allem aus etwanigen Mehrerträgen der Steuern in Folge der Inflation; die Ausgaben des Reiches aus neue durchprüfen und gegebenenfalls herabzumindern; falls diese beiden Maßnahmen nicht ausreichend sein sollten, eventuell neue Steuern auszusprechen und zur Balanzierung des Etats nötigenfalls langfristige innere Kredite aufzunehmen; schließlich zur Behebung der Inflation die Notenpresse einzustellen, wobei als Stützlag für den Umfang des Notenumlaufls der 31. März 1922 gelten soll.

Ohne die Zugeständnisse des Dr. Hermes in ihren Einzelheiten genau zu kennen, läßt sich unmöglich ein Urteil darüber abgeben, ob er tatsächlich die ihm übertragenen Befugnisse überschritten hat. Aber auch bei ihrer Kenntnis scheint ein Urteil darüber nicht leicht zu sein; denn angeblich soll bisher der Kanzler mit seiner ablehnenden Haltung ziemlich isoliert stehen. Letzten Endes aber ist es auch ziemlich bedeutungslos, ob Dr. Hermes einige Schritte weitergegangen ist, als er beauftragt war. Die Hauptsache und das Ausschlaggebende bleiben, daß es unter der Fällbarkeit, den deutschen Steuergebühren und die deutsche Wirtschaft nicht erdrückenden Bedingungen das große Werk zustande bringt, das uns auf Jahre hinaus vor Sanktionen, Beschränkungen, Demütigungen und Schikanen aller Art und vor dem Zustand des Aufstehens fremder Devisen schützt. Wenn diese Bedingungen einmal für einige Jahre von uns genommen sind, so wird nach menschlichem Ermessen ihre Wiederherstellung unmöglich sein. Der 31. März als Stütztag für den Umfang des Notenumlaufls dürfte freilich unmöglich sein, aber darüber wird sich ja wohl noch reden lassen. Offen bleibt nur die Frage, was geschehen soll, wenn eine internationale Anleihe nicht zu Stande kommt und damit die Zugeständnisse von Dr. Hermes hinfällig werden. Aus dem Umstand, daß diese Möglichkeit gar nicht ins Auge gefaßt zu sein scheint, darf man wohl schließen, daß die Anleihe als ziemlich sicher gilt. Dann aber werden wohl auch die Vereinigten Staaten ein Wort über diese Bedingungen noch mitzureden haben.

Das Ringen um die Schutzpolizei.

Das Reichskabinett hat sich in seinen letzten Beratungen aus der Frage der Schutzpolizei beschäftigt. Es waren ja noch die letzten Noten des Generalis Holzer zu beanstanden. Die Antworten ist inzwischen schon fertiggestellt und übergeben worden. Sie hält grundsätzlich an der von der Reichsregierung und dem Reichstagemotus von Spa unterstützten Forderung von Polizei-

